

REPLIK

Berns EU-Kurs muss gestoppt werden

Gastkommentar

von ALT BUNDESRAT UELI MAURER

In einem Gastbeitrag schreibt Bundesrat Beat Jans ein Loblied auf eine «Einigung» mit der EU bei den laufenden Verhandlungen (NZZ 23. 7. 24). Einigung, so lässt sich aus dem Beitrag schliessen, heisst bei ihm offensichtlich eine vollständige Übernahme der EU-Forderungen. Der Meinungsbeitrag lässt sämtliche Alarmglocken läuten. Das beginnt schon mit dem Begriff «Bilaterale III» im Titel. Offensichtlich bemüht der Justizminister einen positiv besetzten Begriff, um dem ungeliebten Vertragspaket Akzeptanz zu verschaffen. Die Faktenlage scheint jedoch die gleiche zu sein: Im Jahr 2022 hatte der Bundesrat die Kraft, das ausgehandelte Rahmenabkommen abzulehnen, weil insbesondere die institutionellen Fragen zuungunsten der Schweiz offenblieben. Der Auftritt von Bundesrat Parmelin in Brüssel war ein unvergesslicher Meilenstein.

Jetzt scheint der Wind zu kehren. Trotz unveränderter Ausgangslage und ungelösten Fragen im institutionellen Teil will der Bundesrat nun offenbar eine «Einigung» anstreben, das heisst im Klartext, die EU-Forderungen, die immer bestritten waren, übernehmen. Dieser Paradigmawechsel ist nicht nur unverständlich, er gefährdet auch die Unabhängigkeit der Schweiz.

Als Hauptbegründung führt Bundesrat Jans an, dass damit die schweizerische Souveränität gestärkt werde. Das ist schon fast eine bössartige Verzerrung der Fakten. Wie soll die Souveränität, die Selbstbestimmung der Schweizerinnen und Schweizer, gestärkt werden, wenn Entscheidungen statt bei uns in Brüssel gefällt werden? Mag sein, dass es für Beamte und Bundesräte einfacher ist, Brüsseler Entscheide durchzuwinken, statt Volksentscheide in der EU zu vertreten. Aber in der Schweiz geht es immer um die Souveränität des Volkes, nicht um die Bequemlichkeit und Souveränität der Behörden.

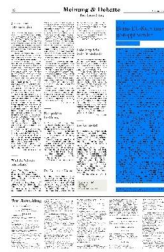
Wie üblich wird auch in diesem Beitrag wieder das Gespenst des sinkenden Wohlstandes bemüht. Nun, man kann einfach die Wohlstandsentwicklung der letzten Jahre zwischen der Schweiz und den EU-Ländern vergleichen. All die Angstmacherei hat sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil, die Schweiz hat aus eigener Kraft eine bessere volkswirtschaftliche Leistung erbracht.

Es gibt positive Beispiele, die Bundesrat Jans salopp ins Gegenteil verdreht. So hat die Schweiz die Börsensanktionen der EU mit Gegenmassnahmen ausgehebelt und damit sogar noch Geld verdient. Die Wirtschaft hat im Medtech-Bereich EU-Sanktionen ins Leere laufen lassen. Es ist machbar, wenn die Schweiz selbst-

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 80'908
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 18
Fläche: 33'718 mm²

Auftrag: 3005691
Themen-Nr.: 220.104

Referenz: 92696940
Ausschnitt Seite: 2/2

bewusst – so wie die EU – ihre eigenen Interessen vertritt.

Wenn Herr Jans beruhigend darauf hinweist, dass Strafmassnahmen der EU – also Sanktionen bei Nichteinhaltung – nicht vorkommen, entspricht das der erwarteten Mentalität. Die kleine Schweiz hat sich zu ducken und im vorseilenden Eifer zu nicken, wenn die mächtige EU den Tarif durchgibt. Genau diese Unterwürfigkeit, die im ganzen Beitrag zwischen den Zeilen unangenehm durchschimmert, ist für einen souveränen Staat unwürdig.

Nun, die Demokratie ist die Staatsform der Alternativen. Selbstverständlich braucht es mit der EU Regeln für den Austausch. Die Schweiz beweist das auch täglich. Hunderttausende EU-Bürgerinnen und -Bürger kommen täglich in die Schweiz und verdienen hier ihren Lebensunterhalt. Hunderttausende leben bei uns, fühlen sich wohl und bleiben.

Dieser ungesteuerte Sog braucht Leitplanken. Der grosse Teil des Nord-Süd-Verkehrs, einer Lebensader der EU-Wirtschaft, läuft über Strassen und Schienen der Schweiz. Wir haben dafür Milliarden investiert. Was wir erwarten, sind Gespräche und Lösungen auf Augenhöhe, nicht eine Unterwerfung unter EU-Recht und EU-Richter. Herr Jans bemüht sich offensichtlich darum, die zweifelnden Gewerkschaften und kritischen Parteimitglieder an Bord zu holen. Dafür die Freiheiten und die Unabhängigkeit der Schweiz aufzugeben, ist ein zu hoher Preis. Unser Nationalfeiertag ist nicht der Tag der Selbstaufgabe, sondern der Anlass, die Freiheit und Unabhängigkeit zu stärken.

Ueli Maurer war 2009 bis 2022 Mitglied des Bundesrates, zunächst als Vorsteher des VBS, später als Vorsteher des EFD.